Sonnabend, 2. Juni 1923 · 71. Jahrgang Nr. 256

Berliner Volks-Zeitung

Abend-Ausgabe
Einzelnummer 150 M.

Chefredakteur: Otto Ruschke, Berlin-Steglitz

Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin

Brot..... 950; markenfrei 3000	Wasser cbm..... 360	Strassenbahn 400, Umsteig. 600	Pstk.Ort 20, Fern u. Oest. 40 Ausl.
Milch 1 Liter..... 1000	20-Mark-Stück..... 200 000	Hochb. II. 350, 450, III. 250, 350	180, Tschechosl. u. Ungarn 140
Zucker Pfund..... 1050—1100	Goldzollaufgeld..... 991 900	Stadtbahn .... II. 800, III. 450	Brief Ort 40, Fern u. Oest. 100
Briketts Ztr. 10560; Koks 14085	Schlüsselzahl für Bücher. 3300	Omnibus Teil 400, ganze Str. 500	Ausl. 300, Tschsl. u. Ung. 240
Strom: Licht und Kraft.. 1050	Index für Aerzte, Berlin.. 3000	Droschke: Kr. × 5000, Pf. × 3000	Telegr. 80 d W., Grundgeb. 160
Gas cbm..... 650	für Aerzte im Reich ... 2764	Telegh. 22800, Gespr. 30, Aut. 60	u. Ausland je nach Währung

Letzte Kleinhandelspreise der Berliner Zentralmarkthalle

Zufuhr in Fleisch ausreichend, Preise Kalb- und Schweinefleisch anziehend. Rindfleisch 6600—8100 M., ohne Knochen 8200—10 000 M., Kalbfleisch 5200—9600 M., Hammelfleisch 6000—8800 M., Schweinefleisch 8000—10 500 M., Rückenfett 9800—10 600 M., Rindertalg 8800—9400 M., Schweineschmalz 9600—10 600 M., Margarine 7600 bis 8600 M., Butter 10 000—11 500 M. d. Pfd., Eier 590—840 M. d. Stück, Rhabarber 300—450 M. d. Pfd.

Eine Abrechnung mit den Royalisten

Die Attentate der Camelots du Roy vor der Kammer — Herriots Anklage — Ovationen für die Mißhandelten — Die Regierungserklärung — Ein Komplott royalistischer Terroristen

Paris, 1. Juni. (W. T. B.)

Die von den Camelots du Roy verübten Anschläge gegen die Abgeordneten Violette, Sangnier und Moutet haben zu einer Interpellationsdebatte in der Kammer geführt. Außer dem Führer der Radikalen Herriot interpellierten die Abgeordneten Brousse, Deyries und Compère Morel. Vor Beginn der Sitzung wäre es, wenn nicht der Abgeordnete Moutet es verhindert hätte, zu tätlichen Zusammenstößen zwischen dem royalistischen Abgeordneten Daudet und einigen radikalen und sozialistischen Abgeordneten gekommen. Die Sitzung selbst nahm einen stürmischen, zum Teil außerordentlich lärmenden Verlauf. Nachdem der Minister des Innern Maunoury sich bereit erklärt hatte, die Interpellation sofort zu beantworten, erklärte der Abgeordnete Herriot, man befinde sich einer Gruppe von Leuten gegenüber, die in Frankreich faschistische Methoden einführen wollten. Dem Ministerium müsse er im Namen vieler Republikaner zurufen: Wir haben genug davon. Eine Delegation von wirklichen Republikanern hat jüngst den Ministerpräsidenten gewarnt. Trotzdem ist nachher ein neuer Anschlag gegen Caillaux verübt worden.

Es gibt in dieser Versammlung noch Männer, die sich des Todes von Jaurès erinnern.

Die Regierung muß sich für oder gegen die Feinde der Republik aussprechen. Nachdem der Abgeordnete Deyries seine Interpellation begründet hatte, erklärte der Minister des Innern, seine Antwort sei sehr kurz und kategorisch. Er mißbillige die gestrigen Anschläge. Die Regierung ist entschlossen, sie in unerbittlichster Weise zu bestrafen und die Republik mit allen gesetzlichen Mitteln zu verteidigen. Bis jetzt habe man Geduld gezeigt, jetzt aber habe man die Ueberzeugung, daß die gestrigen Anschläge vorbereitet gewesen seien und daß man sich einer Organisation gegenüber befinde, die über ganz Frankreich verbreitet sei. Die Regierung kenne die Pläne und die Urheber. — Die Interpellation über die Angriffe der Camelots du Roi veranlaßte den Royalisten Daudet, das Vorgehen seiner Anhänger zu verteidigen. Seine Rede gab Anlaß zu heftigen Kundgebungen der Linken. Der Abgeordnete Marc Sangnier erklärte,

wenn die Regierung wolle, könne sie in acht Tagen und selbst noch weniger die Camelots du Roi für immer inoffensiv machen, indem sie ihnen mitteile, daß, wenn sie Delikte begehen, sie behandelt würden wie alle anderen Staatsbürger.

An der Debatte beteiligte sich auch Tardieu. Seit drei Monaten, sagte er, würden die hohen Beamten der Polizei in der „Action Française" jeden Morgen als Mörder bezeichnet, und die Regierung habe noch kein Mittel gefunden, Anklage gegen den Verleumder zu erheben. Die Tagesordnung Brousse, in der die Regierung aufgefordert wird, die Freiheit der Bürger und die republikanischen Einrichtungen zu verteidigen, sowie alle Gewalttaten, von welcher Seite sie auch kämen, niederzuschlagen, wurde mit 379 gegen 191 Stimmen angenommen.

*

Paris, 2. Juni.

Nach dem „Journal Officiel" ist die im Anschluß an die Erklärungen des Ministers des Innern, Maunoury, in der gestrigen Kammersitzung angenommene Tagesordnung Brousse mit 339 gegen 154 Stimmen genehmigt worden. Die Minderheit setzte sich nicht, wie man annehmen könnte, aus Anhängern der Rechten zusammen, sondern hauptsächlich aus den Linksparteien, sie besteht aus 62 Sozialisten und Kommunisten, 15 republikanischen Sozialisten, 42 Radikalen, 4 Linksrepublikanern und 24 anderen Parteien angehörende Abgeordneten.

* * *

Die Kammerdebatte wegen der rohen Ueberfälle auf pazifistische Deputierte nahm einen ungemein dramatischen Verlauf. Als vor Beginn der Sitzung Léon Daudet, das erklärte Oberhaupt der royalistisch-nationalistischen Banden, in den Wandelgängen erschien, wurde er von Abgeordneten der Linken umringt und wäre sicherlich körperlich attackiert worden, wenn ihn nicht die Intervention seines Gegners Montet im letzten Augenblick dem Kampfgetöse entführt hätte. Herriot, als Sprecher der Radikalen, hielt eine wuchtige Anklagerede gegen die überhand nehmenden faszistischen Methoden und zieh die Regierung der Tatenlosigkeit. Léon Daudet, der immer wieder mit Zwischenrufen unterbrach, wurde unsanft zur Ruhe verwiesen. Der Linksrepublikaner Brousse forderte von der Regierung festeres Zugreifen. Als sich Daudet in diesem Augenblick erhob, um eine Bemerkung zu machen, rief ihm der Redner zu: „Wenn die Republik bedroht wird, gibt es weder Sozialisten noch Radikale. Alle Parteien stehen dann zusammen gegen Sie und Ihresgleichen, Herr Daudet!" Ungeheurer Beifallssturm begleitete diese Worte und Daudet setzte sich, zitternd vor Wut und Angst. Auch den Deputierten Hontet und Sangnier, die mit ihren Verbänden erschienen waren, wurden gewaltige Ovationen bereitet.

Dollar: 78250

Auf dem Lehrter Bahnhof wurde heute Morgen durch einen auffahrenden Zug ein Stellwerk zertrümmert. Zwei Eisenbahnbeamte wurden getötet und vier weitere verletzt.

Nach einer Pariser Meldung sind im ganzen besetzten Gebiet bisher für 200 Millionen Franken chemische Produkte weggenommen worden.

Das Handelsabkommen zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei ist bis zum 15. Juli verlängert worden.

Der Ausstand in den städtischen Gas- und Lichtwerken in Düsseldorf geht weiter.

Oberregierungsrat Lutterbeck ist vom Kriegsgericht Sterkrade wegen angeblicher Beleidigung der Besatzungstruppen zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Der Stadt Duisburg wurde wegen angeblicher Sabotageakte eine Kontribution von 100 Millionen Mark auferlegt.

Der Wiener Gemeinderat als Landesrat nahm die Gesetzesvorlage betreffend Aufnahme einer Wohnbauanleihe im Betrage von 10 Milliarden Kronen an.

Der deutsche Gesandte in Riga, Reichsminister a. D. Dr. Köster, weilt zurzeit in Moskau.

Die Not und die Note

Der fallende Cuno und der steigende Dollar

Es heißt, daß der Reichskanzler amtsmüde sei. Die schwere Verantwortung, jetzt durch eine große und zielbewußte Tat Deutschland vor dem Niederbruch zu bewahren, übersteige seine Nervenkraft. Wir brauchen nicht zu sagen, daß wir diese Gerüchte für falsch und einen Abgang des Herrn Cuno für unmöglich halten. Die Lage, die entstehen müßte, wenn der verantwortliche Leiter der Reichspolitik den Posten des Kapitäns verließe, der das Reichsschiff in die letzten Gewässer gesteuert hat, wäre einfach unhaltbar. Das geht nun denn doch nicht, daß man eine Politik beginnt und führt und sie dann vor einem bestimmten Abschluß im Stiche läßt. Denn es ist nicht die Politik, sondern das Vaterland, das im Stiche gelassen würde. Allerdings erfordert unsere Lage heute ernste und ganz große Entschlüsse. Es ist nicht ermutigend, wenn man hört, daß jetzt die Vorarbeiten für die Fertigstellung der Note beginnen sollen. Das ist hoffentlich nur der ungeschickte Ausdruck eines ungeschickten Offiziosus. Herr Cuno ist der Repräsentant der deutschen Wirtschaft. Diese Wirtschaft umfaßt Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Das Schreiben der Industrie hat bei den Gewerkschaften ein Echo ausgelöst. Das war zu erwarten. Der Kanzler kann aus beiden Kundgebungen wichtige praktische Anregungen entnehmen. Aber er muß jetzt rasch handeln.

*

Der Dollar hat gestern an der Berliner Börse einen neuen Rekord erreicht. Man mußte 75 000 Papiermark aufwenden, um auch nur ein Stück dieser gelaufenen amerikanischen Note zu erhalten. Schon einige Tage vorher war die Mark unter den Wert der österreichischen Krone gesunken. Die Polennoten stehen längst über der Mark, und allein der Sowjetrubel ist es noch, der hinter uns in weitem Abstande folgt. Es ist zuzugeben, daß die erste Verantwortung für dieses katastrophale Ereignis denjenigen zuzumessen ist, die bewußt auf die Zerstörung Deutschlands und der deutschen Wirtschaft ausgegangen sind. Herr Poincaré ist der größte Gegner der Mark; seine Politik zerstört alle Voraussetzungen unseres wirtschaftlichen Fortlebens und unserer Wiederaufrichtung. Es ist darum auch klar, daß auf das Konto dieses Elefanten im europäischen Porzellanladen die ganze Verantwortung für die Folgen fällt.

Aber wir müssen uns doch hüten, nunmehr einem müden Fatalismus zu erliegen. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß der gegenwärtige Tiefstand der Mark in keiner Weise seine wirtschaftliche Berechtigung findet. Deutschland ist ein Land mit einer leistungskräftigen Industrie, es besitzt eine ausgezeichnet organisierte Landwirtschaft, und der Fleiß seiner Arbeiter kann sich wahrhaftig sehen lassen. Schließlich darf man auch die namhaften Positionen, die Banken und Handel in Deutschland einnehmen, nicht übersehen. Alle diese wirtschaftlichen Potenzen sind Steuerquellen, sind Produktionsfaktoren. Und da muß man doch sagen, daß unsere bisherigen Regierungen, die mit diesen wichtigen Quellen der Staatswirtschaft und der Steuerkraft nichts anzufangen wußten, überaus kläglich versagt haben. Man kann Deutschland doch wahrhaftig nicht mit dem Staate Oesterreich auf eine Stufe stellen. Schwere Unterlassungssünden sind also begangen worden, und sie werden noch begangen. Die Reichsregierung hätte die Pflicht gehabt, dem wilden Dollartreiben an den Börsen entgegenzutreten. Die letzte zusammenfassende gesetzgeberische Regelung des Devisenproblems ist leider an der Kernfrage vorübergegangen. Man hat keine Bestandaufnahme hinsichtlich der Devisen verfügt. Es ist aber notwendig, daß alle die fremden Geldwerte, die jetzt ungenutzt in deutschen Kassenschränken oder gar in Sparstrümpfen lagern, hervorzulocken. Bedeuten doch alle jene gehamsterten Devisen ein zinsloses Darlehn an diejenigen valutastarken Länder, deren Noten bei uns versteckt liegen. Völlig falsch konstruiert erweist sich auch die Dollarschatzanleihe. Sie mußte damals in Devisen eingezahlt werden. Das war richtig so. Jetzt aber kann man sie für Papiermark an der Börse kaufen. Es ist **eine traurige Tatsache, daß gerade die Großindustrie und**

Einigung in der Saarfrage?

Abänderung der Notverordnung

Paris, 2. Juni. (W. T. B.)

Der Londoner Berichterstatter des „Petit Parisien" glaubt zu wissen, daß eine Grundlage für eine Einigung zwischen der englischen und der französischen Regierung in der Saarfrage so gut wie gefunden sei. Der französische Botschafter habe Lord Curzon die Gründe auseinandergesetzt, die die französische Regierung verhinderten, dem englischen Vorschlag, vom Völkerbundsrat eine Untersuchungskommission ernennen zu lassen, ihre Zustimmung zu geben, und habe mit ihm die Abänderungen besprochen, denen die Notverordnung unterzogen werden könnte. Aus diesem Meinungsaustausch gehe hervor, daß ernstliche Schwierigkeiten sich einer französisch-englischen Verständigung nicht entgegenstellten. Man könne erwarten, daß die englische Regierung ihren Vorschlag zurückziehen werde.

London, 2. Juni. (W. T. B.)

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph" bemerkt, daß das Recht des Völkerbundsrats, die Saarverwaltung zu untersuchen, ob es im Friedensvertrag besonders bestimmt werde oder nicht, natürlich und logisch aus der Tatsache hervorgehe, daß in Frage kommende Gebiet unter seinem Schutz gestellt worden sei, und aus der weiteren Tatsache, daß der Völkerbundsrat tatsächlich die Mitglieder der Bevölkerungskörperschaft ernenne und entlasse und ihre Berichte empfange.

Wiederbesetzung des Rheinischen Stahlwerks

Milliardenschaden durch Raub und Zerstörung

Köln, 2. Juni. (W. T. B.)

Die am 29. Mai wieder aufgehobene Besetzung der Rheinischen Stahlwerke erfolgte, wie die „Kölnische Volkszeitung" berichtet, um die von den Franzosen auferlegte, aber von den Werken verwaltete Kohlensteuer einzutreiben. Eine Ingenieurkommission hat während der vier Wochen der Besetzung sämtliche Bestände des Werkes an Blechen, Schlüsseln, Blöcken, Platin, Band- und Walzeisen, Kohlen und Schrott abgefahren, die nach dem augenblicklichen Stande sicherlich Milliardenwerte darstellen. Daneben ist das Werk seit der Besetzung dermaßen verwüstet worden, daß sich der tatsächlich entstandene Schaden noch beträchtlich vergrößert. Auf dem Werke, das seit der Besetzung kein Deutscher betreten durfte, sind Maschinen zerschlagen und zerstört, Bänke und Pulte erbrochen, Akten und Bücher zerrissen und umhergeworfen worden.

Die Jünkerather Gewerkschaft ist noch immer von den Franzosen besetzt, so daß dieses Werk nach der „Kölnischen Zeitung" schon seit drei Monaten völlig feiern muß.

Oberregierungsrat Lutterbeck vor dem Kriegsgericht

Zehn Monate Gefängnis wegen Beleidigung der Besatzungstruppen

Sterkrade, 2. Juni. (W. T. B.)

Der bisherige Stellvertreter des Regierungspräsidenten, Oberregierungsrat Lutterbeck, der am vorigen Sonntag auf Veranlassung der Belgier von den Franzosen verhaftet worden war, stand heute vor dem belgischen Kriegsgericht in Sterkrade unter der Anklage der Beleidigung der belgischen Besatzungsbehörde. Die Beleidigung wurde erblickt in einem von Lutterbeck unterzeichneten Schreiben, in dem folgender Satz vorkam: „Ich kann nicht annehmen, daß die Besetzungsbehörden durch Stillschweigen zu den außerordentlich zahlreichen schweren Verbrechen und Ausschreitungen der Soldaten der Besetzungsmächte dazu beizutragen wünschen, daß bei der deutschen Bevölkerung das Gefühl gestärkt wird, daß sie den Verbrechen, Vergehen und Ausschreitungen der Besetzungsbehörden gegen Ehre, Leib, Leben und Eigentum schutzlos preisgegeben sei." — Lutterbeck wurde der Beleidigung für schuldig befunden und zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt.

Der Raub der chemischen Produkte

Paris, 2. Juni. (W. T. B.)

Wie das „Echo de Paris" mitteilt, sind im ganzen besetzten Gebiet von den Besatzungsbehörden für zweihundert Millionen Francs chemische Produkte weggenommen worden.

Eine neue Abrüstungs-Konferenz

London, 2. Juni. (Eca.)

Nach einer Meldung des Exchange Telegraph aus Washington wird an maßgebender Stelle erklärt, daß Harding die Absicht hat, eine zweite Konferenz über die Einschränkung der Rüstungen einzuberufen. Diese Konferenz würde sich zunächst mit der Wasserflugfahrt und mit der Entwickelung der Luftfahrzeuge befassen, die man eher als Transportmittel als zu Kriegszwecken ausbauen müsse.